

**»Ohne die freiwirtschaftlichen Grunderkenntnisse
hätte die Gesellschaft keine berechtigte Hoffnung auf eine
Besserung der sozialen Strukturen!«**

Interview mit Eckhard Behrens am 12.04.2008 in Berlin

Geführt von Ulrike Henning-Hellmich und Markus Henning

Vorbemerkung der Herausgeber:

Das nachstehende Gespräch mit Eckhard Behrens wurde im Rahmen eines Interviewprojektes der Arbeitsgemeinschaft Freiwirtschaft aufgezeichnet. Grundlegendes Interesse unserer Langzeitstudie ist es, etwas darüber zu erfahren und zu dokumentieren, wie die Freiwirtschaftsbewegung aus der subjektiven Perspektive ihrer Mitstreiter und sympathisierender Zeitzeugen erlebt wird. Eckhard Behrens ist am 7.04.2018 verstorben. Die Gesprächsabschrift in der hier vorliegenden Form konnte er leider nicht mehr selbst autorisieren. Wir verbürgen uns jedoch für die unbedingte Authentizität des Textes. Zukünftig soll er auch als Teil eines Sammelbandes veröffentlicht werden. Zusätzlicher Bestandteil wird dann ein ausführlicher Anmerkungsapparat sein. Durch diesen wollen wir unsere Veröffentlichung in einer Form präsentieren, die auch einer Leserschaft ohne spezielle Vorkenntnisse eine gut zugängliche und interessante Lektüre bieten kann.

Frankfurt am Main, im Februar 2019

Ulrike Henning-Hellmich und Markus Henning

1) Persönliche Motivation für die Hinwendung zur Freiwirtschaft

Frage: Wie sind Sie zur Beschäftigung mit der Freiwirtschaft gekommen? Welche Erfahrungen oder Schlüsselerelebnisse haben dabei eine Rolle gespielt? Wie wurde Ihre persönliche Lebensplanung oder Lebensführung durch Ihre Hinwendung zur Freiwirtschaft beeinflusst?

Eckhard Behrens: Ich habe die Freiwirtschaft 1957 gleich nach dem Abitur kennen gelernt und zwar vermittelt über die Lehrerin unserer Schulklasse. Ich sage unserer Klasse, da meine spätere Frau damals in derselben Klasse war wie ich. Diese Lehrerin war die ältere Schwester der Brüder Vogel, also von Diether Vogel, Heinz-Hartmut Vogel und Lothar Vogel. Unmittelbar nach dem Ende unserer Schulzeit stellte sie uns ihren Brüdern vor und gab uns dadurch die Chance, diese kennenzulernen.

Die Entscheidung, Jura zu studieren, hatte ich schon während der letzten Schulklasse getroffen. Ich hatte zwar einen Onkel, der von Beruf Jurist war, aber der eigentliche Auslöser für meinen Entschluss war ein Gespräch mit meiner damaligen Lateinlehrerin. Die fragte mich eines Tages, was ich denn studieren wolle. Soweit ich mich erinnere, antwortete ich: »Na ja, ich weiß noch nicht so richtig, vielleicht Politik oder etwas in der Richtung.« Und da sagte sie mir dann auf den Kopf zu: »Ja, warum studieren Sie dann nicht Jura?« Diese gezielte Frage führte zur inneren Gewissheit. Von dem Moment an wusste ich, was ich studieren wollte.

Angefangen mit dem Studium habe ich dann in Bonn – wegen der Politiknähe. Beeinflusst von den Brüdern Vogel war ich anfangs noch unentschieden, ob ich neben Jura nicht auch noch Wirtschaftswissenschaften studieren sollte. Zum Glück hat mir das aber der Professor für Rechtswissenschaften im unmittelbaren Anschluss an seine juristische Einführungsvorlesung, quasi zwischen Tür und Angel, gleich ausgedrückt. Er warnte mich ausdrücklich: »Besuchen Sie nebenher ruhig soviel Ökonomie-Vorlesungen wie sie können und wollen. Aber Verzicht auf eine offizielle Einschreibung, das heißt auch auf das Examen! Später können Sie sich immer noch ganz für die Volkswirtschaft oder ähnliches entscheiden. Aber fangen Sie nicht beides gleichzeitig an! Sie verzetteln sich!« Das habe ich dann beherzigt. Und das war auch richtig.

Insgesamt habe ich mehr als die Hälfte meiner Studienzeit für die Finanz- und Volkswirtschaft verwendet, aber von vornherein ohne das Bestreben, dort auch ein Examen zu machen. Vielmehr habe ich in diesen Fachbereichen nur das gemacht, was mich interessierte – und zwar angeregt durch die Fragestellungen der Freiwirtschaft.

Dies beeinflusste schließlich auch die Wahl meines neuen Studienortes, an den ich nach dem dritten Semester wechselte. An sich war es damals für einen Jurastudenten selbstverständlich, dass man im Laufe des Studiums mal eine andere Universität kennenlernte. Bei mir kam das konkret so zustande: Als ich eines Tages während einer Vorlesungspause in den Regalen der Bücherei des Studentenwerkes stöberte, stieß ich auf eine kleine dünne Schrift von Franz Böhm mit dem Titel »*Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung*«, verlegt bei Mohr (Siebeck). Das war jetzt natürlich genau das mir aus der Anthroposophie bekannte Thema der Dreigliederung des sozialen Organismus für diesen Teilausschnitt, für die Interdependenz von Staats- und Wirtschaftsordnung. Und nach der Lektüre dieser Broschüre habe ich mir gedacht: »Also, den guckst Du Dir an! Wo lehrt der? In Frankfurt! Also nichts wie hin!« An der Universität in Frankfurt am Main bin ich dann bis zum Ende meines Studiums hängen geblieben. Da habe ich dann jedes Semester eine Seminararbeit abgeliefert – normalerweise macht

ein Jurist im ganzen Studium, wenn es hochkommt, gerade mal eine einzige Seminararbeit! Ich habe mich da eben voll reingekniet.

Frage: Wie reagierte Ihr persönliches Umfeld auf Ihre Hinwendung zu freiwirtschaftlichen Themen?

Eckhard Behrens: Also da gab es keinerlei negative Reaktionen. Durch die von den Brüdern Vogel vertretene Position war völlig klar, dass Freiwirtschaft und die anthroposophische Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus etwas miteinander zu tun haben. Und meine Mutter war Waldorflehrerin, ich selber habe ja auch seit dem siebenten Schuljahr die Waldorfschule besucht, das fing in Rendsburg an und wurde dann in Stuttgart fortgesetzt. Von daher hatte meine Mutter überhaupt kein Problem damit, dass ich mich mit der Freiwirtschaft befasste. Im Gegenteil: Als sie merkte, dass ich mich in diese Frage richtig reinkniete und für nichts anderes mehr Zeit hatte, da war ihr das durchaus recht.

2) Aktivitäten bzw. Erfahrungen in der freiwirtschaftlichen Bewegung und mit dem politischen Umfeld

Frage: Wie gestalteten sich die weitergehenden Kontakte zur freiwirtschaftlichen Bewegung, nachdem Sie die Thematik für sich entdeckt hatten? Sie erwähnten bereits die Brüder Vogel als wichtige Anstoßgeber Ihrer freiwirtschaftlichen Aktivitäten.

Eckhard Behrens: Schon während meines Studiums war ich in dem von mir mitbegründeten *Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)* engagiert. Gemeinsam mit den Brüdern Vogel führte ich 1958 auch dessen erste sozialwissenschaftliche Tagung durch. Das war der Beginn einer Veranstaltungsreihe, die bis heute – also schon seit 50 Jahren – nicht abgerissen ist! Auf dieser ersten Tagung des *SffO* hatte ich übrigens auch selber gleich ein großes Referat über die Interdependenz der Ordnungen gehalten, das dann in Heft 7 der *Fragen der Freiheit* abgedruckt wurde. Die Arbeit im *SffO* war ja von Anbeginn dadurch geprägt, dass die Organisation der regelmäßig stattfindenden Tagungen und die Herausgabe der Schriftenreihe immer parallel lief. Das erste Heft der *Fragen der Freiheit* war 1957 erschienen.

Wie bereits erwähnt: Der ursprüngliche Anstoß zur engen Zusammenarbeit mit den Brüdern Vogel war in Privatgesprächen gelegt worden, die ihre Schwester als unsere Klassenlehrerin für mich und meine spätere Frau vermittelt hatte. Diese ersten Zusammenkünfte auf privater Ebene fanden im Elternhaus der Geschwister Vogel in Stuttgart statt. Vertieft wurde der inhalt-

liche Austausch dann auch bei Kongressen der Waldorfschul-Bewegung oder auf anthroposophischen Mediziner-Tagungen. Diese boten immer wieder Gelegenheit, mit allen drei oder mit einzelnen der Brüder Vogel zusammen zu treffen. Heinz-Hartmut und Lothar Vogel waren ja Mediziner. Dieter Vogel war in der Gegend von Bad Kreuznach als Kaufmann tätig gewesen. Als ich ihn kennen lernte, hatte er jedoch schon sein Geschäft aufgegeben und lebte im Wesentlichen vom Gehalt seiner Frau Helene, die Berufsschullehrerin war. Er unterstützte sie inhaltlich auch sehr bei der Vorbereitung des Berufsschulunterrichtes, ebenso wie sie sich mit großem Enthusiasmus in die Arbeit des *Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)* einbrachte. Inhaltlich war diese Zusammenarbeit sehr produktiv.

Schon seit der unmittelbaren Nachkriegszeit waren diese Persönlichkeiten alle schriftstellerisch, aber auch organisatorisch, für die Freiwirtschaft tätig gewesen. Das hatte schon 1946 mit der Gründung des *Freiwirtschaftsbundes (FWB)* begonnen. Das Interessante war dabei, dass hierüber sehr schnell der Kontakt zu ordoliberalen Ökonomen und Wirtschaftspolitikern hergestellt werden konnte. So waren auf den FWB-Kongressen, etwa bei den beiden »Bundestagen« 1951 und 1952, neben freiwirtschaftlichen Referenten beispielsweise auch Alexander Rüstow und der bereits erwähnte Franz Böhm als Gäste mit Vorträgen vertreten.

Rückblickend muss man jedoch sagen, dass der Franz Böhm von dem freiwirtschaftlichen Anliegen nie etwas begriffen hat. Er war zwar ein ganz hervorragender Methodiker in allen Fragen des Wettbewerbes und des Funktionierens der marktwirtschaftlichen Ordnung. Aber von den geld- und bodenreformerischen Ideen der Freiwirtschaft hat er nichts verstanden.

Von ordoliberalen Seite war man sich mit den Freiwirtschaftlern im Wesentlichen nur darin einig, dass man eine stabile Währung installieren wollte. Unabhängigkeit der Notenbanken und Geldwertstabilität waren dann auch wesentliche Themen der gemeinsamen Gespräche – hierin gingen *Freiwirtschaftsbund (FWB)* und Ordoliberale Arm in Arm. Auch mit dem Direktorium der Bank *Deutscher Länder* hatten Vertreter des FWB sehr intensive Gespräche, in denen sich auch ganz grundsätzlich über den freiwirtschaftlichen Vorschlag zur Währungsstabilisierung mittels Indexwährung und Umlaufsicherung des Geldes auseinandergesetzt wurde.

Man muss schon sagen: Die Nachkriegszeit war wirklich eine relativ offene Zeit. Da wurde über manche alten Grenzen hinweg miteinander gesprochen. Das können wir uns heute gar nicht mehr so recht vorstellen. Heutzutage muss man sich da ganz andere Zugänge verschaffen. Ich selber habe von den damaligen Diskussionen und Auseinandersetzungen ja erst im Nachhinein durch Schriften, aber auch direkt aus mündlichen Berichten der Brüder Vogel erfahren.

Die Kooperation zwischen Freiwirtschaft und Ordoliberalismus zu intensivieren und institutionell noch weiter zu verankern, war ein Anliegen insbesondere von Otto Lautenbach. Auf seine Initiative hin sowie unter Mitwirkung der Brüder Vogel und anderer Freiwirte war dementsprechend im Jahr 1953 die *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM)* gegründet worden.

Der ASM bin ich dann auch schon früh als Mitglied beigetreten. Otto Lautenbach habe ich dort zwar nicht mehr kennen gelernt, der war leider schon 1954 verstorben. Ich hatte ja erst 1957 Abitur gemacht und danach den Kontakt zu den Brüdern Vogel gefunden. Aber etliche aus der ASM-Gründergeneration habe ich doch noch auf Tagungen erleben können. Allerdings war zu dieser Zeit der anfangs starke Einfluss der Freiwirtschaftler bereits mehr oder weniger geschwunden bzw. ausgeschaltet worden. Diejenigen, die ehemals von der Freiwirtschaft herkamen und eventuell trotzdem noch eine führende Position in der ASM bekleideten, schrieben das Thema bereits ganz klein. Stattdessen wurde von der Geschäftsführung immer deutlicher eine unternehmensorientierte Ausrichtung verfolgt, die eben auch durch private Spenden beeinflusst und finanziert wurde. Mir ging das schon damals alles viel zu ausschließlich in Richtung Wirtschaft, besonders in Richtung mittelständischer Wirtschaft, auf Kosten der Einflussmöglichkeiten der Wissenschaft. Das ist dann im Wesentlichen so geblieben, auch wenn immer noch einige Professoren Vorstandsposten in der ASM innehaben. Übrigens bin ich bis heute Mitglied in der ASM, wenn ich mich auch dort nicht weiter engagiere. Diese Mitgliedschaft sehe ich als rein nostalgische Sache an.

Unsere Enttäuschung über die Entwicklung der ASM war übrigens ein wichtiger Anstoß für uns, das *Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)* zu gründen. Darüber wollten wir sozusagen das Projekt weiterführen, die ordoliberalen Gedanken und die geld- und bodenreformerischen Forderungen der Freiwirtschaft füreinander fruchtbar zu machen, und die in der ASM beendete Zusammenarbeit beider Strömungen in einer neuen Vereinigung fortführen. Außerdem war unser Ansatz ja noch weiter angelegt. Mit dem Einbezug der anthroposophischen Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus umfasste er mehr als nur den Bereich der eigentlichen Ökonomie. Und unseres Erachtens bot nur die Gründung einer eigenen Initiative die Möglichkeit, effektiv in dieser Richtung weiter zu arbeiten.

Frage: Können Sie noch weitere Persönlichkeiten aus der freiwirtschaftlichen Bewegung nennen, deren Bekanntschaft Sie in Ihrem eigenen Engagement prägte?

Eckhard Behrens: Da möchte ich an erster Stelle Heinz-Peter Neumann nennen, der auf seine Art schon eine einzigartige Persönlichkeit war. Er war Jurist, kam von der Freiwirtschaft her und hatte als höherer Beamter bei der Westberliner *Landesversicherungsanstalt* eine wirkliche Leitungsfunktion inne. Dadurch kannte er sich nicht nur hier im Berliner Filz glänzend aus, sondern brachte auch für juristisch-verfassungsrechtliche Fragestellungen sehr viel Verständnis mit. Sein Sinn für grundlegende Verfassungsfragen und für das Verhältnis von Staat und Wirtschaft verband Heinz-Peter Neumann auch mit unserem Ansatz, die Sozialordnung im Ganzen zu betrachten. Seit Anfang der 1960er Jahre bis zu seinem Tod im Jahre 1989 war er über Jahrzehnte hinweg dem *Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)* mit großem Engagement aktiv verbunden.

Sehr intensiv wurde mein Kontakt zu Heinz-Peter Neumann 1967/68 während des halben Jahres, in dem ich beruflich beim *Bundeskartellamt* tätig war. Das saß damals im Westberliner Stadtteil Tempelhof. Mit meiner Familie lebte ich zu dieser Zeit in Nieder-Eschbach nördlich von Frankfurt am Main und so pendelte ich dann alle 14 Tage mit dem Flugzeug oder mit dem Auto hin und her. Dazwischen hatte ich aber auch Muße, meine Bekanntschaften in Berlin zu pflegen. Und so wurde ich dann auch gleich in den sogenannten »Kellerkreis« integriert, den Heinz-Peter Neumann als eine Art Ableger des *SffO* bei sich zuhause pflegte und in dem er Menschen unterschiedlichster Art zu fruchtbaren Gesprächen über alle aktuellen Fragen unserer Zeit zusammenführte.

Frage: Wen aus der freiwirtschaftlichen Bewegung haben Sie im »Kellerkreis« von Heinz-Peter Neumann sonst noch persönlich kennengelernt?

Eckhard Behrens: Das waren vor allen Dingen Klaus Wulsten und Josef Hüwe. Die beiden waren sicher nicht die einzigen interessanten und anregenden Gesprächspartner aus der freiwirtschaftlichen Szene, mit denen ich mich im Hause Neumann bekannt machen konnte. Aber leider ist mein Personengedächtnis sehr unzuverlässig und an weitere Namen kann ich mich nicht mehr erinnern.

Frage: Ordnen Sie sich einer bestimmten Richtung innerhalb der Freiwirtschaft zu?

Eckhard Behrens: Innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung gibt es verschiedene Initiativen und Gruppierungen. Aber diese jetzt im Einzelnen nach unterschiedlichen Richtungen zu kategorisieren, fällt mir schwer.

Grundsätzlich kann man eine Unterscheidung vielleicht am ehesten daran festmachen, dass die einen mehr für eine populäre Verbreitung des Urbestandes an freiwirtschaftlichen Ideen eintreten, während die anderen sich eher um eine wissenschaftliche Weiterentwicklung bemühen.

Zu den letzteren zählen wir uns beim *Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)*, in dem ich nun schon seit gut 50 Jahren tätig bin. Uns liegt außerordentlich viel an der Kommunikation mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaft. Hier bemühen wir uns immer um einen intensiven Austausch auch über den Tellerrand der freiwirtschaftlichen Bewegung hinaus.

Da gibt es eine ganze Reihe von Themenkomplexen, die wir als ungemein wichtig erachten – beispielsweise den ganzen Bereich der Notenbankpolitik. Desweiteren vermissen wir bei der gängigen Marktwirtschaftslehre außerordentlich eine sachgerechte Beschäftigung mit dem Grund und Boden als eigenem Produktionsfaktor. Hierzu haben wir schon sehr früh freiwirtschaftlich inspirierte Beiträge geleistet.

Da wo uns das wichtig erscheint, versuchen wir auf der anderen Seite aber auch, die inhaltliche Diskussion innerhalb der freiwirtschaftlichen Bewegung selbst voranzutreiben – auch wenn wir damit nicht immer auf Gegenliebe stoßen.

Ein Beispiel hierfür ist unser geldpolitischer Vorschlag, als Teil eines Stufenplans zur späteren Realisierung einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft heutzutage ein systematisches Experiment mit einer »manipulierten schleichenden Inflation« zu riskieren. Wir haben immer wieder betont, dass damit eine bewusst betriebene und offen erstrebte Inflation mit konstanten Raten zum Zwecke der Geldumlauf- und Konjunktursicherung gemeint ist, und das dies natürlich nur ein politischer Zwischenschritt auf dem Weg zur endgültigen Reformierung unserer Geld- und Bodenordnung sein kann. Dennoch besteht bei vielen Freiwirten traditionell eine gewisse Verhaltenheit gegenüber diesem Konzept. Alles was mit der Propagierung von Inflation zu tun hat, erscheint ihnen schon des Teufels – schließlich soll das für die Zukunft angestrebte Freigeld nicht nur umlaufgesichert, sondern auch wertstabil, also inflationsfrei, sein.

Aber genau an dieser Stelle erheben wir den inhaltlichen Vorwurf, dass heutzutage durch eine einseitige Überbetonung der Geldwertstabilität der Gesichtspunkt der Umlaufsicherung des Geldes als Voraussetzung stabiler Konjunktur in der öffentlichen Wahrnehmung verloren zu gehen droht.

So wie es konstruiert ist, kann man mit dem heutigen Geld keine Geldwertstabilität erreichen! Und mit dem bloßen Versprechen der segensreichen Auswirkungen einer zukünftigen freiwirtschaftlichen Geldreform kann ich politisch keine Mehrheiten gewinnen. Die Menschen müssen verstehen und nachvollziehen können, warum diese Reform zur Gesundung

unseres Wirtschaftslebens erforderlich ist. Zu diesem Zweck kann ich ihnen erklären, wie ich unter den Bedingungen des heutigen Geldes mittels einer konstanten Inflationsrate von gewisser Mindesthöhe bewusst und politisch gewollt eine Umlaufsicherung erzeuge, und wenn ich dann diese Umlaufsicherung habe, wie dann plötzlich die Wirtschaft läuft. D. h.: Die »manipulierte schleichende Inflation« ist nur ein unter den jetzigen Bedingungen notwendiges Mittel zur Demonstration, dass das erste Anliegen der Geldpolitik die Vollbeschäftigung sein muss, also dass die Wirtschaft wirklich rund läuft unter sinnvoller Auslastung aller Kapazitäten, die wir haben. Mit anderen Worten: In der heutigen Situation halten wir es aus sozialen Gründen für erforderlich, im Zielkonflikt zwischen Dauervollbeschäftigung und Geldwertstabilität für die erstere zu votieren!

Dann wird erst klar, warum die Etablierung eines Umlaufzwangs einer der entscheidenden Grundgedanken der freiwirtschaftlichen Geldreform ist: Ihre erste Wirkung wird Vollbeschäftigung sein. Die ebenfalls angestrebten Folgen für Zinsen und die Einkommensverteilung schließen sich hieran erst an.

Ohne eine parallel einzuleitende Reform der Grund- und Bodenordnung besteht allerdings die große Gefahr, dass die Gesamtwirtschaft dennoch an die Wand fährt. Denn solange es Privateigentum am nicht vermehrbaren Naturgut Grund und Boden gibt, werden dessen Preise gerade in Folge eines sinkenden Zinsniveaus nach oben schnellen. Die Explosion der Bodenpreise ist auch einer der Hintergründe der aktuellen Finanzkrise, über die in der allgemeinen Wirtschaftspresse nicht geredet wird, weil diese Zusammenhänge den meisten Menschen unbekannt sind. Das ist natürlich sehr bedauerlich.

Frage: Kontroverse Diskussionen haben sich innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung während der vergangenen Jahre auch noch an weiteren Themen entzündet. Wie haben Sie persönlich beispielsweise die Auseinandersetzungen um das Für und Wider eines bedingungslosen Grundeinkommens erlebt?

Eckhard Behrens: Mit der Grundeinkommensdebatte bin ich auch deswegen gut vertraut, weil Götz Werner, einer der populären Fürsprecher des bedingungslosen Grundeinkommens, aus der anthroposophischen Richtung stammt. Götz Werner lernte ich auch einmal persönlich über die gemeinsame Teilnahme in einem Arbeitskreis kennen, wo wir in regelmäßigen Sitzungen über einen relativ langen Zeitraum hinweg den *Nationalökonomischen Kurs* von Rudolf Steiner durcharbeiteten – eine Art Lesezirkel, wie man sie bei Anthroposophen so macht.

Und dass Götz Werner das Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen« so vehement in die öffentliche Debatte eingebracht hat, finde ich sehr berechtigt angesichts der sozialen Situation, mit der wir uns in Deutschland auseinander zu setzen haben. Denken Sie nur an die strukturell verfestigte Unterbeschäftigung und an den arbeitsmarktpolitischen Weg der *Hartz-Gesetze*. Hierin hat sich eine staatliche Kontrollmentalität Bahn gebrochen, die für mich als Liberaler völlig unerträglich ist, von der dann aber plötzlich auch viele meiner liberalen Parteifreunde mitgerissen wurden. Gerade auch vor diesem Hintergrund ist die Grundeinkommensdebatte für Liberale eine große Herausforderung.

Aus meiner Perspektive ist es gar kein Widerspruch, sowohl für ein bedingungsloses Grundeinkommen als auch gleichzeitig für das wirtschaftspolitische Ziel der Vollbeschäftigung einzutreten. Leider sind auch die diesbezüglichen Debatten innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung häufig von der irrigen Vorstellung geprägt, die beiden Anliegen schlossen sich gegenseitig aus. Das ist aber Unfug! Vollbeschäftigung der Wirtschaft ist und bleibt eine Zielvorgabe, die durch ein bedingungsloses Grundeinkommen keineswegs aufgehoben wird.

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens bietet große Chancen, etwa für den ganzen Bereich der Kulturfinanzierung, in Wissenschaft, Kunst usw. Hier würde es viel mehr interessierten und fähigen Menschen eine Berufs- und Entfaltungsmöglichkeit gewähren, als das unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist.

Generell würde ein bedingungsloses Grundeinkommen den einzelnen eine selbstständige Bestimmung des eigenen Lebensweges ermöglichen. Beispielsweise könnten Studenten elternunabhängig ihr Studium mit dem Grundeinkommen finanzieren. Das wäre doch ein Riesenfortschritt gegenüber der Situation, die wir heute haben. Und wenn er sich erst noch weiter ausprobieren möchte, sei es nun in künstlerischer, wissenschaftlicher oder in welcher Richtung auch immer, könnte der fertige Akademiker dann noch ein paar Jahre weiter »in Apfelsinenkisten«, also auf studentischem Existenzminimum, weiterleben. Heutzutage ist es ja nur in sehr vermögenden Bevölkerungsschichten möglich, auf diese Weise in aller Ruhe und ohne finanziellen Druck ein konkretes Berufsfeld zu finden, das den eigenen Neigungen und Fähigkeiten wirklich entspricht. Aber selbst in den vermögenden Familien kommen die jungen Nachkommen dazu in der Regel nicht früh genug an das Geld ran, sondern eben erst wenn ihre Eltern sterben und sie dann selbst schon um die 60 Jahre alt sind.

Also von daher bin ich ganz eindeutig der Meinung, dass im Hinblick auf eine Verbesserung unserer Sozialordnung das Einfordern des bedingungslosen Grundeinkommens ein berechtigtes Anliegen ist. Wenn wir die freiwirt-

schaftliche Geld- und Bodenreform durchgeführt haben, wird seine Bedeutung zwar stark abnehmen, da dann Vollbeschäftigung in der Wirtschaft gesichert ist. Dennoch widerspricht sich beides nicht.

Denn durch die Möglichkeit, ein bedingungsloses Einkommen zur Existenzsicherung zu beziehen, würden ja keineswegs anderweitig noch zu erzielende Einkünfte geschmälert oder angegriffen werden. Deswegen ist auch das in der politischen Debatte häufig vorgebrachte Argument, mit Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens würden die Anreize zu weiterem beruflichem Engagement wegfallen, einfach hirnrissig. Es ist ein hundertprozentiger Anreiz!

Bei der heutigen *Hartz IV-Regelung*, da bleiben den Beziehern von Arbeitslosengeld – wenn überhaupt – vielleicht gerade einmal 20 % des Einkommens aus einer zusätzlich aufgenommen Tätigkeit übrig. Das macht die Motivation kaputt! Aber der Spießbürger denkt darüber halt anders...

Frage: Wie schätzen Sie die sog. Heinsohn/Steiger-Debatte ein, die vor einigen Jahren besonders in der Berliner Freiwirtschafts-Szene kontrovers geführt wurde?

Eckhard Behrens: Ich muss zugeben, die diesbezügliche Literatur nur ganz am Rande wahrgenommen zu haben. Dennoch bin ich ganz entschieden der Meinung, dass Heinsohn und Steiger falsche Ansätze verfolgen. Ihre These, dass verpfändbares Privateigentum an Grund und Boden unabdingbare Voraussetzung für eine funktionierende Kreditwirtschaft sei, beruht schlicht darauf, dass sie das Hypotheken- und Pfandrecht nur halb verstanden haben.

Schon Silvio Gesell hat immer auf die Bedeutung des Personalkredites hingewiesen und damit deutlich gemacht, dass wir Grund und Boden keineswegs als Kreditgrundlage brauchen. Die freiwirtschaftliche Bodenreform – d.h. die Vergesellschaftung des nicht vermehrbaren Naturgutes Grund und Boden mit anschließender Verpachtung im Meistbietungsverfahren – ist ein Projekt, das den Erfordernissen einer entwickelten Geldwirtschaft keineswegs entgegensteht! Auch das übrige Sachkapital wird in seiner prinzipiellen Bedeutung als Sicherheit für die Kreditgewährung im Allgemeinen deutlich überschätzt. Hier ist ganz klar ein Perspektivwechsel überfällig in Richtung auf das, was Rudolf Steiner die »Fähigkeitenwirtschaft« nannte: Wie der Name schon sagt, ist die Grundlage für die Vergabe von Personalkrediten letztlich nichts anderes als das Vertrauen in die persönliche Fähigkeit des Kreditnehmers, aus dem geliehenen Geld innerhalb eines vereinbarten Zeitrahmens mehr Geld zu machen. Das ist doch gerade der Witz an der ganzen Sache!

Frage: Wie versuchen Sie, für die freiwirtschaftlichen Ideen auch in anderen sozialen bzw. politischen Zusammenhängen zu wirken? Verbindet sich das zum Beispiel in irgendeiner Form mit Ihrem parteipolitischen Engagement innerhalb der Freien Demokratischen Partei (FDP)?

Eckhard Behrens: Grundsätzlich ist es so, dass meine Mitarbeit in der *FDP* vorrangig der Bildungspolitik gilt. Ich habe mich 1972 im Alter von 35 Jahren, also erst in der Mitte meines Lebens, einer Parteibindung unterworfen. In die *FDP* bin ich damals aus der Einschätzung heraus eingetreten, dass in dieser Partei – verglichen mit den anderen Kräften im bundesdeutschen Parlamentsbetrieb – noch am ehesten die Möglichkeit bestand, eine nicht-etatistische Politikausrichtung zu etablieren.

Zu dieser Zeit war es aber auch in der *FDP* noch so, dass das Bildungswesen als ein technokratisch von oben herab zu planendes Politikfeld betrachtet wurde – mögliche Alternativen zu diesem Ansatz waren überhaupt noch kein Diskussionsgegenstand, als ich Parteimitglied wurde. Mittlerweile arbeite ich nun aber schon seit über drei Jahrzehnten daran mit und habe immer das ordnungspolitische Ziel vertreten, Autonomie und Wettbewerb auch im Schul- und Hochschulwesen durchzusetzen. Hierüber habe ich im Laufe der Zeit auch stark das innerparteiliche Denken geprägt. Im *FDP-Bundesfachausschuss für Bildung und Wissenschaft* bin ich stellvertretender Vorsitzender und inzwischen das dienstälteste Mitglied. Auch um Delegiertenmandate für die Bundesparteitage habe ich mich immer bemüht. Da führe ich dann so meine »Schlachten« gegen Anhänger von zentralistischen Lösungen im Bildungsbereich, weil ich der festen Überzeugung bin, dass Staatsunabhängigkeit von Schulen und Hochschulen nicht weniger wichtig ist als Wettbewerb in der Wirtschaft. Auch wenn ich nicht immer alles gleich durchsetzen kann und manches erst einmal aussitzen muss, bis es in meinem Sinne entscheidungsreif ist, lässt sich doch beobachten, dass der Bundesparteitag in Anerkennung meiner bildungspolitischen Erfahrungen und Ideen in der Regel stark auf mich hört. Das ist schon gut!

Dagegen sind meine freiwirtschaftlichen Positionen zur Geld- und Bodenreform innerhalb der Partei weitgehend unbekannt. Nur ganz wenige *FDP*-Mitglieder wissen beispielsweise um meinen Ansatz, die Lösung sozioökonomischer Probleme über eine bewusst gesteuerte Inflation, über niedrigere Notenbankzinsen oder ähnliche Instrumentarien schon heute konkret anzugehen. Das gleiche gilt für meine kritische Position gegenüber der parteioffiziellen Ausrichtung in Fragen der Arbeitsmarktpolitik. Was hier vertreten wird, ist zwar meistens nicht falsch, es reicht aber einfach nicht aus, um auf gesamtwirtschaftlichem Niveau wirklich wieder an Vollbeschäftigungs-Verhältnisse heranzukommen.

Welche segensreichen Auswirkungen eine langfristige Vollbeschäftigung auf das allgemeine gesellschaftliche Klima hat, wie humanisierend sie beispielsweise auf die Arbeitsbeziehungen innerhalb der Betriebe wirkt, das ist heutzutage auch innerhalb der *FDP* weitgehend vergessen. Der heutigen Generation ist ja gar nicht mehr bewusst, dass wir in der Bundesrepublik im Anschluss an das sogenannten Wirtschaftswunder über einen Zeitraum von 15 Jahren annähernde Vollbeschäftigung hatten. Ich habe das während meiner Studienzeit noch bewusst miterlebt, musste dann aber auch verfolgen, wie wir seit dem Anfang der 1970er Jahre wieder in eine verfestigte Unterbeschäftigung hineinkamen mit all den damit verbundenen Problemen: mit den elementar empfundenen Abhängigkeitsverhältnissen in den Unternehmen und der zunehmenden Existenzangst, das nicht alle mehr eine normal bezahlte Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt finden können. Gerade diese »Das Boot ist voll«-Mentalität und alles, was damit zusammenhängt, verdirbt eine Gesellschaft grauenvoll!

3) Fazit der eigenen Tätigkeit bzw. des Stellenwertes der Freiwirtschaft

Frage: Wie beurteilen Sie das soziale Miteinander innerhalb der freiwirtschaftlichen Bewegung, die Diskussionsfähigkeit und den Umgang mit abweichenden Meinungen? Überwiegen für Sie in dieser Hinsicht eher positive oder eher negative Erfahrungen?

Eckhard Behrens: Also für mich persönlich überwiegen in dieser Hinsicht die positiven Erfahrungen. Inhaltlich habe ich durchaus dezidierte Meinungsverschiedenheiten mit dem Einen oder Anderen aus der freiwirtschaftlichen Bewegung. Aber Schwierigkeiten im persönlichen Umgang resultieren hieraus überhaupt nicht!

Beispielhaft hierfür steht Helmut Creutz. Wir duzen uns, er ist schon lange Mitglied im *Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)*, hat schon an vielen unserer Tagungen aktiv teilgenommen, auch darüber hinaus besteht ein intensiver Kontakt, und ich würdige sehr seine Riesenverdienste um die Popularisierung der Ideen der Freiwirtschaft. Nur in diesem einen Punkt haben wir einen echten Dissens – in der wirtschaftspolitischen Frage nämlich, ob man die Probleme der Geldumlauf- und Konjunktursicherung schon jetzt durch eine bewusst gesteuerte Inflation mit konstanter Rate ganz konkret angehen kann. Im Gegensatz zu vielen anderen hat sich Helmut Creutz diesbezüglich nicht bewegt.

Bei anderen hat es eine Weile gedauert, aber dann haben sie unseren Ansatz akzeptiert. Schon 1969 hatte ich dazu erstmalig in den *Fragen der Freiheit* geschrieben, ganz wesentlich angeregt durch einen Aufsatz von

Herbert Giersch, damaliger Leiter des Instituts für *Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW)* und Milton Friedman-Anhänger.

Herbert Giersch war eine absolute Autorität in der deutschen Wirtschaftswissenschaft und hatte ganzseitig in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* dargelegt, dass eine konstante Inflationsrate, etwa um die 5%, sozial überhaupt kein Problem sei – wenn sie eben nur dauerhaft konstant bleibe! So hat das der Milton Friedman ja auch vertreten. Der springende Punkt bei beiden war nur, dass sie zugleich meinten, letztlich sei es für die konjunkturelle Entwicklung gleichgültig, ob die Inflationsrate konstant bei 5% oder beispielsweise auch bei 0% liege.

Ja, und genau an diesem Punkt bin ich nicht einverstanden! Denn das einzelne Wirtschaftssubjekt reagiert doch völlig unterschiedlich, je nachdem ob es mit 5% Inflation rechnet, oder ob es mit 0% Inflation rechnet. Das ist doch auch ein Problem unseres Geldwesens. Unser heutiges Geld enthält eben das Versprechen des »ewigen Pfennigs«, das heißt: es ist von sich aus nicht umlaufgesichert. Und nur durch eine konstante Inflationsrate, die einen bestimmten Mindestbereich überschreitet – etwa bei 4%, spätestens bei 5% –, kann die Umlaufgeschwindigkeit schon bei dem heutigen Geld so stabilisiert werden, dass tatsächlich mit einer sehr kleinen Geldmenge eine vollbeschäftigte Wirtschaft am Laufen gehalten wird. Und mit dieser kleinen Geldmenge kann dann mengenpolitisch auch sehr fein gesteuert werden, um die Inflationsrate dauerhaft auf diesem vorteilhaften Niveau zu halten und dementsprechend die Inflationserwartungen zu stabilisieren. Die Inflationserwartungen sind es ja eben, die das Verhalten der Wirtschaftssubjekte ganz wesentlich prägen. Also muss eine rationale Geldpolitik gerade hier ansetzen und die allgemeinen Inflationserwartungen stabilisieren!

Wenn Sie heute den Ausführungen der Notenbankleute zuhören, werden Sie merken, dass die dauernd von der Stabilisierung der Inflationserwartung auf einem Niveau von maximal 2% sprechen. Bei einem höheren Satz von 3%, 4% oder gar 5% wollen die dann nicht mehr mitmachen. Aber immerhin, die sind mittlerweile für die hinter unserem Ansatz stehende Problematik schon empfänglich geworden. Die nehmen das wahr und wissen genau, dass wir diese Position vertreten. Unsere Leserbriefe werden ja auch gedruckt und wir holen ja auch Mitarbeiter von Notenbanken oder von renommierten Wirtschaftsforschungsinstituten als Referenten zu uns ins *Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)*. Die müssen hinterher dann natürlich »zu Hause« Bericht erstatten, das ist doch klar. Darüber wirken unsere Ideen dann auch in diese Kreise hinein.

Die auswärtigen Referenten kommen übrigens gern zu unseren Tagungen, weil wir dort immer ganz großes Gewicht auf eine offene Diskussionsatmosphäre legen. Die werden dort nicht unter Druck gesetzt, dass sie jetzt

dieses und jenes von uns lernen müssen. Sie werden stets zu einem freundlichen Gespräch empfangen, etwa nach dem Motto: »So, jetzt wollen wir uns mal gegenseitig anhören. Verstehen wir uns? Wie weit sind wir einig und wo gehen unsere Meinungen auseinander?« Wir versuchen bei jeder Thematik herauszuarbeiten, bis wohin Konsens mit unseren Dialogpartnern besteht, und ab welchem Punkt wir aus welchen Gründen inhaltlich divergieren. Und wenn das geschehen ist, dann kann man in aller Freundschaft auseinandergehen und sich zum Abschied sagen: »Jetzt werden wir in den nächsten Jahren mal gemeinsam die Wirtschaftsentwicklung beobachten, um festzustellen, wer von uns Recht hatte...«

In dieser Hinsicht wurde ich persönlich sehr stark durch das geprägt, was Diether Vogel mir von Otto Lautenbach erzählte. Otto Lautenbach sagte immer: »Ich rede mit den maßgebenden Entscheidungsträgern und dann mache ich das wie mit dem Huhn – wenn ich das irgendwo hinhaben will, streue ich die Körner so aus, dass das Huhn, sobald es ein Korn aufpickt, das nächste Korn schon sieht.«

Frage: Hat sich die freiwirtschaftliche Bewegung im Laufe der letzten Jahrzehnte aus Ihrer Sicht insgesamt in eine positive Richtung entwickelt? Ist sie der Verwirklichung freiwirtschaftlicher Zielsetzungen nähergekommen?

Eckhard Behrens: Ich glaube das schon. Einen ganz erheblichen Verdienst hat dabei auch die *Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V. (SG)* mit den regelmäßig von ihr organisierten *Mündener Gesprächen*. Diese sind ähnlich organisiert wie diejenigen Tagungen, die wir beim *Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)* mit auswärtigen Referenten machen.

Auch wir vom *SffO* nehmen oft an den *Mündener Gesprächen* teil. Ich persönlich habe zwar den Eindruck, dass die *Mündener Gespräche* manchmal mit nicht-freiwirtschaftlichen Referenten etwas überfrachtet sind – um noch intensivere Diskussionen zu ermöglichen, wäre in dieser Hinsicht etwas weniger vielleicht mehr. Aber trotzdem haben sich die *Mündener Gespräche* in den letzten Jahrzehnten ganz eindeutig als konstruktive Foren eines zukunftsweisenden Meinungsaustausches bewährt!

Hinzu kommt, dass die *Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V. (SG)* schon seit geraumer Zeit von einer ganzen Reihe jüngerer, wissenschaftlich arbeitender Leute geleitet und geprägt wird, mit denen wir uns in bestem Konsens befinden. An erster Stelle sind hier Jörg Gude und Dirk Löhr zu nennen. Beide waren auch schon oft auf unseren Tagungen in Bad Boll mit dabei und ich glaube, dass sie über die Dozenten-Tätigkeit an ihren Fachhochschulen mittlerweile auch freiwirtschaftlichen Nachwuchs aus der Studentenschaft heranziehen. Ich bin ganz optimistisch, dass man auf

diesem Weg mit den Ideen der Freiwirtschaft nachhaltig Einfluss gewinnen kann. Zumal hierüber den jungen Menschen im Studium auch verdeutlicht wird, dass man mit freiwirtschaftlichen Themen in der Wissenschaft etwas werden kann.

Das inhaltliche Interesse für die Freiwirtschaft im akademischen Bereich zu verbreiten, ist ein sehr wichtiges Anliegen. Ansonsten bleibt man als freiwirtschaftlich orientierter Wissenschaftlicher auf lange Sicht ein Solitär. Man hat dann vielleicht einmal eine Thematik unter freiwirtschaftlichen Aspekten hervorragend bearbeitet, findet mit diesem Ansatz aber keine dauerhafte Resonanz. Und beruflich muss man sich dann nachher mit ganz anderen Themen herumschlagen, nur weil diese besser dem entsprechen, was im wissenschaftlichen Mainstream gerade angesagt ist.

Aber jedes Thema hat seine Zeit. Und für die freiwirtschaftlichen Ansätze ist die Zeit überreif. Neben der Reform unseres Geldwesens denke ich dabei vor allem an die viel zu lange in Vergessenheit geratene Bodenfrage.

Frage: Besitzt die Freiwirtschaft heute das Potential, auf aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen vorwärtsweisende Antworten zu geben?

Eckhard Behrens: Ja, unbedingt! Ohne die freiwirtschaftlichen Grunderkenntnisse hätte die Gesellschaft keine berechtigte Hoffnung auf eine Besserung der sozialen Strukturen! Nur aus einem freiwirtschaftlichen Ansatz heraus können Sie ernsthaftige Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart und damit auch einen Weg für den Frieden in der Welt aufzeigen. Die einzig offene Frage ist nur, ob diese Ideen von der Gesellschaft aufgenommen werden. Ich persönlich beantworte diese Frage durchaus mit einem vorsichtigen Optimismus.

Daraus schöpfe ich echte Lebenshoffnung! Ob die Umsetzung der freiwirtschaftlichen Reformen noch in die Zeitspanne des eigenen Lebens fällt, dafür kann man zwar nicht garantieren. Das ist klar. Andererseits habe ich aber selbst miterleben dürfen, welche großen Fortschritte in der Auffassung sozialökonomischer Zusammenhänge während der letzten Jahrzehnte gemacht wurden – sowohl in der Rechtswissenschaft, als auch in der Volkswirtschaftslehre. Hier hat es wirklich enorme Schritte nach vorn gegeben!

Und wenn Sie das dann noch mit der Zeit Silvio Gesells vergleichen, welcher Unfug damals in der Wirtschaftswissenschaft über das Geldwesen vertreten wurde – da stehen einem aus heutiger Sicht wirklich die Haare zu Berge! Da kann man Gesell rückblickend wirklich nur bewundern, wie beharrlich er gegen die ganze damalige Fachwelt seine weitreichenden Positionen vertreten hat, die heute zu einem nicht unerheblichen Teil allgemein akzeptiert sind. Wenn man es richtig betrachtet, gibt es zwischen der allgemein verbreiteten Auffassung von den Problemen unseres derzeitigen

Wirtschaftssystemen und den freiwirtschaftlichen Positionen mittlerweile eigentlich nur noch ganz wenig Dissens. Genau das macht es aus unserer Sicht aktuell doch sehr spannend und treibt unsere Aufklärungsbemühungen an. Wann gelingt uns der letzte Schritt, um die Analysen und Lösungsvorschläge der Freiwirtschaft gesellschaftlich konsens- bzw. mehrheitsfähig zu machen?

Deswegen war für mich die im Sommer 2007 sichtbar zu Tage tretende Finanzkrise so ungeheuer aufregend. Wochenlang hat mich das wahnsinnig umgetrieben! Eigentlich hatte ich mir damals bereits fest vorgenommen, etwas Bildungspolitisches zu schreiben, schon entsprechende Vorarbeiten geleistet, Stichworte gemacht usw. – Nichts! Da konnte nichts draus werden. Es war völlig unmöglich, denn ich musste mich jetzt unbedingt mit der aktuellen Finanzkrise beschäftigen! Das Bestreben der Notenbankpolitik im Euro-Raum, die Inflationsrate bei 2% festzuschrauben, hatte bei mir schon seit Jahren für schwere Bedenken gesorgt. Eigentlich war mir klar, dass die Inflation langfristig nicht auf einem derart niedrigen Niveau gehalten werden kann, ohne dass es zu großen Katastrophen kommt. Auf einem höheren Inflationsniveau wäre das möglich, aber nicht bei 2%. Allerdings war ich bis zum Sommer 2007 analytisch noch nicht dazu durchgedrungen, an welchen konkreten Anlässen genau die Krise sich letztlich entzünden würde.

Interessant ist übrigens, dass alle großen westlichen Industrienationen sich über Jahre hinweg die europäische Notenbankpolitik zum Vorbild genommen hatten und ebenfalls versuchten, ihre Inflationsrate auf 2% zu verfestigen. Und selbst dort, wo das unter sehr großen Anstrengungen gelang, etwa in den USA oder in Großbritannien, sind die Folgen jetzt genauso katastrophal wie im Euro-Raum. Ein so niedriges Inflationsniveau ohne gesamtwirtschaftliche Kreislaufstörungen durchzuhalten, ginge eben nur bei freiwirtschaftlich reformiertem, also umlaufgesichertem Geld!

Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass im intellektuellen Umfeld der Notenbanken und in den Wirtschaftswissenschaften neuerdings wieder verstärkt freiwirtschaftliche Ansätze diskutiert werden, übrigens auch unter ausdrücklicher Nennung Silvio Gesells. Allerdings ist das bislang noch weitgehend auf den angelsächsischen Raum beschränkt.

4) Familiäre, soziale und politische Rahmenbedingungen des persönlichen Lebensweges

Frage: Wann wurden Sie geboren und wo sind Sie aufgewachsen?

Eckhard Behrens: Ich wurde Ende 1937 auf dem Hof meiner Großeltern in Ostpreußen geboren. Der war so in etwa das, was man heute einen kleinen selbstständigen Familienbetrieb nennen würde. Er umfasste an die 20 Hek-

tar mit fünf Pferden und einigen Kühen im Stall. Die Pferde sehe ich alle noch vor mir. Auch meine Mutter war bereits auf diesem Hof geboren worden und im benachbarten Braunsberg zur Schule gegangen.

Dort in Braunsberg war der Vater meines Vaters, also mein Großvater väterlicherseits, Gestütsbeamter gewesen. Dieser Großvater Behrens stammte ursprünglich aus Schleswig-Holstein – Behrens ist ein schleswig-holsteinischer Name – und war bei den Husaren gewesen. Er war so ein kleiner drahtiger Typ. Und wie es dann oft so war: Nach ihrer militärischen Laufbahn ergriffen die Soldaten irgendwann einen privaten Beruf. Und da lag ein Gestüt als Berufsfeld für ihn natürlich nahe.

Aus diesem Grund lernte mein Vater dann u. a. auch, junge Hengste einzureiten. Mein Vater war offenbar ein relativ wagemutiger Typ, der schon als Kind die übelsten Unfälle hatte, die er aber alle überlebte. Beispielsweise war er beim Schwimmen einmal mit dem Kopf in eine Schiffsschraube geraten. Leider ist er dann 1943 im Zweiten Weltkrieg gefallen, so dass meine Erinnerungen an ihn vor allem aus späteren Gesprächen im Familienumfeld stammten, wo dann immer zu hören war, wie sehr ihn alle bewundert hatten. Mein Vater muss hochbegabt gewesen sein. Er absolvierte ein Humanistisches Gymnasium, wo er neben Latein und Griechisch u. a. auch Hebräisch lernte. Sein ursprünglicher Berufswunsch war Pfarrer gewesen. Er wurde dann aber Volksschullehrer, weil sein Vater als kleiner Gestütsbeamter seinem Sohn bei aller Hochbegabung keine weitergehende Berufsausbildung finanzieren konnte, und die Kirche nicht clever genug gewesen war, sich ihn an Land zu ziehen.

Die Familie meiner Mutter auf dem besagten landwirtschaftlichen Betrieb und der Großvater Behrens waren schon lange miteinander bekannt gewesen, bevor meine Eltern heirateten. Als Gestütsbeamter war der Großvater Behrens den ganzen Sommer mit den Hengsten unterwegs. Denn in Ostpreußen fand die Pferdezucht bei den Bauern statt, welche die Stuten auf ihren Höfen hielten.

Der Vater meiner Großmutter mütterlicherseits hatte mal die besten Pferde Ostpreußens. Dazu gibt es eine kleine Anekdote: Im Kreis Preußisch-Holland, wo er mit seinem Hof ansässig war, waren seine Pferde schon lange als die besten anerkannt. Einmal überredeten ihn seine Freunde und Nachbarn, mit seinen ausgezeichneten Pferden zum landesweiten Zuchtwettbewerb nach Königsberg zu fahren. Dort bekam er dann auch prompt den ersten Preis für die beste Stute, den ersten Preis für das beste Fohlen, und den ersten Preis für die beste Familie – das waren Stute und Fohlen zusammen – den bekam er dann natürlich auch noch. Mit diesen ersten drei Preisen kam er wieder nach Hause und meinte nur: »So, nun wisst Ihr's!« – und ist nie wieder dorthin gefahren.

Ich glaube, von diesem Selbstbewusstsein habe ich etwas geerbt. Manche Dinge berühren mich einfach nicht so. Ganz ostpreußisch ausgedrückt: »Ich wejs schon, was ich will...« Verstärkt wurde das noch dadurch, dass ich als Kind in der Familie eine absolut privilegierte Position innehatte. Ich war der Älteste meiner Generation, auf den alle Erwachsenen blickten: »Der Junge, der muss ja was werden!« Die haben mir sozusagen den Hintern geputzt, jedenfalls kriegte ich das später immer so erzählt. Diese ersten Wahrnehmungen haben mich wesentlich geprägt, schon in der Vorschulzeit, die ich vorrangig auf dem Hof meiner Großeltern verbrachte.

Dann kam die Zeit des Zweiten Weltkrieges und mit dessen Ende 1945 die Flucht aus Ostpreußen vor der vorrückenden sowjetischen Armee. In Greifswald wurden wir von den Sowjets überholt, so dass wir den Sommer 1945 dort verbringen mussten. Meine Mutter und fünf Kinder, ich war der Älteste – die Umstände können Sie sich vorstellen. Als Lehrerin merkte meine Mutter schon in dieser Zeit sehr schnell, was für ein allgemeiner Druck unter kommunistischer Herrschaft auf uns zukommen würde. Um sich dem zu entziehen, sind wir dann weiter nach Berlin und über ein Flüchtlingslager in Spandau schon im Spätherbst 1945 nach Westen rausgekommen – auf illegale Weise zwar, aber immerhin! Ende November 1945 landeten wir im schleswig-holsteinischen Rendsburg bei einer alten Freundin meiner Mutter, wo wir dann bis 1952 blieben.

Dort lernte meine Mutter die Anthroposophie kennen. In Folge dessen kamen meine Geschwister und ich dann in die Rendsburger Waldorfschule, die im Jahr 1950 gegründet worden war. Auch in späteren Jahren, nachdem wir mit der Flüchtlingsumsiedlung nach Süddeutschland gekommen waren, ging ich auf die Walddorfschule.

Norddeutschland war damals mit Flüchtlingen so überfüllt, dass man schließlich auf großem Maßstab Umsiedlungstransporte nach Süddeutschland organisierte, wo der Arbeitsmarkt bereits wieder anfang, in die Gänge zu kommen. Gerade in Pforzheim, das im Krieg stark zerstört worden war, lief die traditionsreiche Schmuck- und Uhrenindustrie schon wieder an. Dorthin hat man dann Arbeitskräfte transportiert. Auf einem dieser großen Umzugstransporte waren auch wir dabei, mindestens zwei, wenn nicht drei Tage in der Eisenbahn mit allem Hausrat und vielen, vielen anderen Menschen. In Pforzheim konnten wir dann eine der Wohnungen beziehen, die extra für diese Umsiedlungen neu gebaut worden waren.

Ich sollte damals in das neunte Schuljahr kommen. Da mein Jahrgang an der Pforzheimer Waldorfschule nicht vertreten war, angesichts unserer sozialen Situation aber auch keine Zeit verloren gehen sollte, bin ich dann gleich nach der Umsiedlung in Stuttgart auf die Waldorfschule gegangen. Die Familie blieb in Pforzheim, wo meine Mutter auch Lehrerin an der dor-

tigen Waldorfschule wurde. Das gehört alles zu meinem persönlichen Hintergrund ganz wesentlich dazu.

Während unserer Zeit in Rendsburg, also von Ende 1945 bis 1952 hatten wir – das halte ich biographisch auch für wichtig – weitab von der Stadt in einer reinen Arbeitersiedlung gelebt. Diese war einmal von der »Schittfabrik«, wie wir die dortige chemische Düngerfabrik nannten, für ihre Arbeitskräfte gebaut worden. In einfachen Häusern mit einem Garten hinten dran, einem Karnickelstall und was sonst so dazu gehört, wohnten dort also die Familien der Arbeiter aus der chemischen Düngerfabrik und aus einer Werft, der *Nobiskrüger Werft* in Rendsburg. Da auf der Straße, da haben wir dann auch noch richtiges Plattdötsch gelernt! Sonst war das in Schleswig-Holstein keineswegs mehr üblich, dass man noch diesen Dialekt lernte. Als 14-Jähriger nach unserer Umsiedlung habe ich dagegen das Schwäbische nicht mehr so richtig gelernt.

Und 1971 sind meine Frau und ich mit den Kindern dann in der Kurpfalz gelandet und sind seitdem in Heidelberg ansässig.

Frage: Sie erwähnten bereits, dass Sie Jura und daneben auch ausgiebig Volkswirtschaftslehre studierten. Wie entwickelte sich Ihr beruflicher Werdegang anschließend weiter?

Eckhard Behrens: Der Arbeitsmarkt für Juristen war in den 1960er Jahren, als ich mein Studium abschloss, noch sehr entspannt. Wie schon gesagt, ging ich 1967 zum Bundeskartellamt, das damals Stellen ausgeschrieben hatte und wo mir angesichts meiner akademischen Herkunft sozusagen direkt ein roter Teppich ausgerollt wurde. Es kam dort natürlich bestens an, dass ich den Großteil meiner Studienzeit in Frankfurt am Main Wirtschaftsrecht bei Franz Böhm belegt hatte. In seiner Eigenschaft als CDU-Bundestagsabgeordneter war Böhm ja ganz wesentlich an der Ausarbeitung des *Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)* beteiligt gewesen und galt im politischen Umfeld nicht von ungefähr als dessen eigentlicher »Vater«. Ludwig Erhard, dem an diesem Kartellgesetz sehr viel lag, hätte es 1957 in dieser ordentlichen Form ohne den Franz Böhm bestimmt nicht durchgebracht. Letztendlich verdankte ihm daher auch das Bundeskartellamt seine Existenz. Da habe ich dann einen Riesenrespekt genossen, weil ich eben beim Franz Böhm gelernt hatte.

Das setzte sich übrigens bis zur *Universität Heidelberg* hinein fort, in deren Verwaltung ich dann später tätig war. Dort konnte ich mir Dinge herausnehmen, die sich ein »Verwaltungsmensch« normalerweise nicht erlauben konnte. Ich ließ mir dort allerdings auch vom jeweiligen Rektor nichts gefallen, ich war ja Lebenszeit-Beamter.

Frage: Nach Ihrer Zeit beim Bundeskartellamt waren Sie aber zunächst für den Bund der Freien Waldorfschulen e.V. tätig. Das war in den Jahren 1968 bis 1971. Wie kam das zustande?

Eckhard Behrens: Schon während ich beim *Bundeskartellamt* gewesen war, hatte ich den Wunsch gehabt, irgendwie in die Neubegründung einer Sozialwissenschaft für den Bildungsbereich hinein zu kommen. Die Forschungsprogramme zur Bildungsökonomie, die zur damaligen Zeit an den Universitäten verfolgt wurden, harmonierten nun aber gar nicht mit meinen diesbezüglichen Anschauungen. Wenn ich den dortigen Professoren etwas vom Wettbewerb im Bildungswesen erzählen wollte, da schüttelten die nur den Kopf! Die wollten die staatliche Bildungsplanung perfektionieren, nichts Anderes. In deren Assistentenbestand passte ich also nicht hinein, das war mir sehr schnell deutlich geworden.

Auf der anderen Seite hatte ich über das *Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)* auch schon erste persönliche Kontakte zum *Bund der Freien Waldorfschulen e.V.* in Stuttgart aufbauen können. Gerade dort hatte das *SffO* immer wieder vorgeschlagen und die führenden Leute beim *Bund* aufgefordert, sich auch in der Öffentlichkeit stärker für die Freiheit im Bildungswesen einzusetzen. Auf unsere Tagungen luden wir die dann auch ein und so ergab sich ein gewisser Austausch. Diese Schiene lag mir dann schon eher.

Und als mir eines Tages eine Assistentenstelle beim *Bund der Freien Waldorfschulen e.V.* angeboten wurde, da bin ich sehr gerne dorthin gewechselt. Die drei Jahre, die ich dort tätig war, waren für mich als Berufsanfänger wirklich unheimlich lehrreich, obwohl – oder vielleicht gerade weil – ich von vornherein eine etwas ungeklärte Stellung innehatte. Es war eigentlich nie ganz klar, ob ich nun der Assistent des Vorsitzenden oder der Assistent des Vorstandes sein sollte. Gerade für den Umgang mit internen Informationen ist das ja eine ganz sensible Frage von erheblichem Konfliktpotential. Da gab es dann immer gewisse Spannungen, wenn ich die Mitglieder des Vorstandes mit meinen Protokollen, in Telefongesprächen oder Ähnlichem nach der Meinung des Vorsitzenden »etwas zu gut« informiert hatte. Dennoch schaffte ich es auf die Dauer, politisch mit dieser Situation klar zu kommen, konnte selbstständig arbeiten und wurde auch vom Vorsitzenden voll in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen. So erhielt ich tiefe Einblicke, wie Beschlüsse langfristig vorbereitet, taktisch eingefädelt oder gegebenenfalls verschoben werden, wie man aber auch Beschlüsse, die einem gar nicht passen, die man aber nicht verhindern kann, als Grundlage weiterer konstruktiver Arbeit aufnimmt und anerkennt – wenn etwas entschieden ist, ist es halt entschieden, dann nimmt man das als Faktum, und

weiter geht's. Diese Dinge sind für eine funktionierende Demokratie sehr, sehr wichtig und haben damals mein politisches Bewusstsein ungemein geschärft.

Auch inhaltlich in bezug auf die Waldorfpädagogik als solche waren das für mich echte Lehrjahre. Beim Bund der *Freien Waldorfschulen e.V.* konnte ich sozusagen aus der Innenperspektive die konkreten Zielsetzungen und Arbeitsformen kennen lernen, die sich in den verschiedenen Schulen meist spontan und höchst unterschiedlich entwickelt hatten. Das ist wirklich ein weites Feld, in dem sich auch weiterhin eine Menge entwickelt hat. Als ich 1968 dort anfang, waren gerade einmal 28 Waldorfschulen im Bund zusammengeschlossen, heute sind es über 200.

Ich verließ den Bund der *Freien Waldorfschulen e.V.* 1971, das war das Jahr, in dem unsere älteste Tochter in die Schule kommen sollte.

Frage: Sie sind dann direkt zur *Universität Heidelberg* gewechselt?

Eckhard Behrens: Ja, Auslöser war ein Leserbrief, den ich am 10. September 1970 unter dem Titel »*Wettbewerb der Hochschulen*« in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* veröffentlicht hatte. Aufgrund eines Leserbriefes bekam ich ein Stellenangebot der *Universität Heidelberg*! So waren damals die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt für Akademiker. Das können Sie sich heute gar nicht mehr vorstellen.

Zur der Zeit krachte es ja wirklich überall an den Universitäten. Von konservativer Seite mehrten sich daher die Stimmen, welche für einen Staatseingriff in die Selbstbestimmungsrechte der Hochschulen plädierten, um auf diesem etatistischen Weg die als notwendig erachteten Reformen durchzusetzen. Ganz in diesem Sinne hatte die *FAZ* am 31. August 1970 auf Seite 1 einen großen Leitartikel gebracht mit dem programmatischen Titel: »*Wider die Hochschul-Autonomie*«.

Dagegen hatte ich angeschrieben, so in dem Tenor: »Ihr seid doch sonst immer für Wettbewerb. Wieso ausgerechnet im Bildungsbereich plötzlich nicht mehr?« Einige zeitbedingte Beschimpfungen wurden von der Redaktion aus meinem Text rausgenommen. Übrig blieb der besagte lange Leserbrief, in dem ich inhaltlich knallhart für Autonomie und Wettbewerb im Hochschulbereich Stellung nahm. Da standen Sachen drin, die sind bis heute nicht realisiert! Aber heute werden sie wenigstens in der Öffentlichkeit diskutiert. Damals waren solche Thesen noch etwas völlig Ungewöhnliches.

Ein paar Wochen später bekam ich vom Kanzler der *Universität Heidelberg* ein Stellenangebot, das ich auch freudig annahm. Darüber kam ich dann gleich mitten rein ins Getriebe der universitären Selbstverwaltung. Unmittelbar mit Dienstantritt wurde mir die Aufgabe übertragen, für die

zentralen Ausschüsse Tagungsordnungen aufzustellen und die jeweiligen Sitzungen zu protokollieren. Und was glauben Sie, was damals in den Gremien politisch los war! Da gab es ein Hauen und Stechen zwischen den verschiedenen Lagern.

An meinen ersten Arbeitstag in der *Universität Heidelberg* kann ich mich gut erinnern: Öffentliche Sitzung des *Großen Senats* in der großen Aula. Die war bis auf den letzten Platz besetzt. Und da ging die Post ab! Heiße Debatten, politische Scharmützel, aggressive studentische Störer –in Heidelberg hatten wir damals eine politisch radikale Szene – und das Fernsehen war natürlich auch immer dabei. Da habe ich während meiner ersten Zeit wirklich eine Menge erlebt.

Ende 1972, Anfang 1973 übernahmen dann die Konservativen das Ruder an der *Universität Heidelberg*. Bei denen hatte ich als politisch unzuverlässiger Linker gegolten, weshalb sie mich dann auch prompt aus den zentralen Gremien in Richtung Studienverwaltung abschoben. Im Nachhinein war das für meine fachliche Qualifikation und meinen weiteren beruflichen Werdegang wirklich gut.

Ich wurde 1973 also *Dezernent für Studium und Lehre* an der *Universität Heidelberg*, eine spannende berufliche Position, die ich dann bis zu meiner Pensionierung bekleidete. Dort lernte ich nicht nur ganz normale Verwaltungstätigkeit und alles was damit zusammenhängt. Darüber hinaus war ich über Jahrzehnte hinweg mit dem sensiblen Bereich der Studienzulassung betraut. Zu meinem beruflichen Alltag gehörten daher zwangsläufig auch so substantielle Themen wie das Verhältnis zwischen Schulen und Hochschulen – die Frage beispielsweise, ob das Abitur grundsätzlich als Eingangspforte zur Hochschulreife überhaupt erforderlich ist, ob die Unis das nicht selber viel besser regeln könnten, was vor diesem Hintergrund von den immer wieder aufkommenden Debatten um bundesweit vereinheitlichte Abiturbedingungen zu halten ist, usw. Hieraus stammt ein Fachwissen, mit dem ich heute noch die meisten Bildungspolitiker mit ihren zentralistischen Lösungsansätzen vorführen kann.

Sie glauben gar nicht, mit wie viel Unverstand und Verlogenheit in der Bildungspolitik argumentiert wird. Aus überkommenen Denkstrukturen heraus glauben sehr viele immer noch an die zentralistische Lösung, und wollen einfach nicht sehen, wie überaus schwer es ist, zentralistisch überhaupt irgendetwas Vernünftiges auf die Beine zu stellen.

Wie bei allen anderen gesellschaftlichen Themen wird da völlig phantasielos einem simplen etatistischen Ideal hinterhergerannt, das aber nicht zu erreichen ist. Deswegen funktionieren diese autoritären politischen Lösungen auf die Dauer auch nie.

Da wird man mit der Zeit dann ganz gelassen.